

## Bericht über Januarsession 2010 des Grossen Rates

In der Januarsession 2010 hat sich der Grosse Rat mit etwas weniger Geschäften als auch schon befasst. Eine Auswahl sei hier präsentiert:

### **Gedenken an unseren Kollegen Ruedi Bieri (SVP)**

Unser Grossratskollege wurde durch einen Arbeitsunfall mit Traktor und einer Seilwinde tödlich verletzt. Neben dem Grossrat amtierte er als Gemeindepräsident von Oberbipp. Der Grosse Rat gedachte des Verstorbenen mit einer Schweigeminute.

### **Ausländerstimmrecht (Initiative „zäme läbe – zäme stimme“)**

Ein Komitee aus linken Parteien und Gewerkschaften schlug mit einer Volksinitiative vor, den Ausländern in Bern das Stimm- und Wahlrecht zu geben. Wer seit mindestens zehn Jahren in der Schweiz lebt und seit fünf Jahren im Kanton Bern, solle auf Gemeindeebene politisch mitbestimmen dürfen. Das Ausländerstimmrecht soll laut Initiative aber nicht flächendeckend gelten, sondern nur in jenen Gemeinden, die es explizit einführen.

Linke und grüne Politiker warben für die Vorlage: Es sei demokratiepolitisch nur gerecht, wenn niedergelassene Ausländer, die hier wohnten, arbeiteten und Steuern zahlten, politische Mitbestimmungsrechte erhielten. Ausserdem sei die politische Mitsprache ein „Werkzeug, um die Integration zu fördern“. Von Integration redeten aber auch die bürgerlichen Gegner der Vorlage. Kenntnis der Sprache und Integration in die Gesellschaft seien Voraussetzungen, um politisch mitbestimmen zu können, erklärten sie. Darum führe der Weg zur politischen Mitsprache über die Einbürgerung. Mit 81 gegen 70 Stimmen beschloss der Grosse Rat, die Initiative dem Volk zur Ablehnung zu empfehlen. Der rot-grün dominierte Regierungsrat war für ein Ja zur Initiative eingetreten. Die Volksabstimmung im Kanton Bern ist noch nicht angesetzt. Sie findet voraussichtlich am 13. Juni oder am 26. September statt.

### **Revision Gesundheitsgesetz (1. Lesung)**

Für alle Gesundheitsberufe wie Ärzt/inn/e/n, Apotheker/innen oder Physiotherapeut/inn/en gelten im Kanton Bern wieder gleiche Richtlinien. Der Grosse Rat hat dazu das kantonale Recht an das Medizinalberufegesetz des Bundes angepasst.

An und für sich war die Revision unbestritten. Die Geister schieden sich aber am Detail. So wollte etwa Ueli Lehmann (BDP) die Medikamentenabgabe durch Hausärzte neu regeln. Gemäss dem Vorschlag sollten die Hausärztinnen und Hausärzte „im Interesse der Patientenfreundlichkeit und der Grundversorgung“ flächendeckend zur Abgabe berechtigt sein. Die Fraktionen (darunter auch die FDP) waren grösstenteils anderer Meinung. Die Gesetzesbestimmungen garantierten die Notfallversorgung von Patienten und auch Apotheken und Drogerien seien Teil der Grundversorgung. Ausserdem sei nicht klar, ob eine liberalere Abgabe den Hausarztberuf tatsächlich attraktiver mache.

Das Gesundheitsgesetz passierte die Schlussabstimmung schliesslich mit 117 Ja zu 11 Nein bei 1 Enthaltung. Auf eine zweite Lesung wird verzichtet.

### **Kredit für das Spital Langenthal**

Die SRO plant die Sanierung und den Ausbau des Spitals Langenthal für 75 Millionen Franken, wovon 74,5 Millionen aus dem kantonalen Fonds für Spitalinvestitionen fliessen sollten. Neben der Sanierung der Haustechnik sollen das Ambulatorium, die Arztdienste und die Tagesklinik umgebaut werden. Therapieräume, die Radiologie und das Labor entstehen neu.

Obwohl dem Grossen Rat eine kantonale Gesamtschau über die Spitalinvestitionsvorhaben der einzelnen regionalen Spitalzentren fehlte, lehnte er es mit 66 zu 62 Stimmen bei 5 Enthaltungen knapp ab (die FDP-Fraktion war gespalten), den Kredit zurückzuweisen. Dies vor allem deshalb, weil das Projekt an sich unbestritten war und die SRO „ihre Hausaufgaben gemacht hatte“. In der Schlussabstimmung passierte der 74,5-Millionenkredit den Rat deutlich mit 106 zu 13 Stimmen bei 12 Enthaltungen.

### **Flughafen Bern-Belp; Staatsbeitrag an die Umsetzungsmassnahmen Schengen und Terrorbekämpfung**

Der Grosse Rat genehmigte insgesamt 5,7 Millionen Franken für den Flughafen Bern-Belp. Das Kantonsparlament debattierte lange, stimmte aber schliesslich mit 99 (FDP, SVP, BDP, EDU und vereinzelt der EVP) zu 40 Stimmen (SP und Grüne) bei 12 Enthaltungen für den Kredit. Von dem Geld fliessen 3,15 Millionen in die Erweiterung des Terminalgebäudes. Dieser Ausbau ist nötig, damit die Schengen-Vorgaben erfüllt werden können. In erster Linie sollen die Passagiere aus dem Schengen-Raum strikt von jenen aus Nicht-Schengen-Ländern getrennt werden. Weitere 2,55 Millionen Franken sind für zusätzliche Massnahmen für die Sicherheit der Zivilluftfahrt im Zusammenhang mit der Terrorismusbekämpfung vorgesehen.

Wie aus Kreisen der Kreditgegner zu vernehmen ist, wird wohl kein Referendum ergriffen.

### **Motion Moser, Staub, Flück (FDP) und Weitere betr. „Stopp dem Untergang der Kursschiffahrt“**

Der Regierungsrat solle etwas gegen den drohenden Untergang der Kursschiffahrt auf den Berner Seen unternehmen. Der Grosse Rat überwies einen entsprechenden Prüfungsauftrag (Postulat) deutlich mit 95 Ja-Stimmen gegen 4 Nein-Stimmen bei 5 Enthaltungen.

Die Regierung gab zu bedenken, dass sie 2004 entschieden habe, nach 2008 keine Betriebsbeiträge mehr an die Kursschiffahrt zu leisten. Diese sei ein rein touristisches Angebot und nicht Teil des öffentlichen Verkehrs. Die Bau-, Verkehrs- und Energiedirektorin, Barbara Egger, erklärte allerdings im Rat, auch für sie seien Seen ohne Schiffe undenkbar. Es stelle sich jedoch die Frage, ob und wie die Kursschiffahrt finanzierbar sei. Sie werde sich bemühen, Lösungen zu finden.

### **Motion Fritschy/Zumstein (FDP) betr. „dem Aerztemangel auch bei der Ausbildung entgegen wirken“**

Der Grosse Rat überwies mit 69 zu 63 Stimmen eine freisinnige Motion als unverbindliches Postulat. Der Regierungsrat muss nun prüfen, ob und wie die Absolventinnen und Absolventen eines Studiums in Humanmedizin „zu einer minimalen Ausübung des Berufs als Arzt oder Ärztin verpflichtet werden könnten“.

### **Gebäudeversicherungsgesetz (1. Lesung)**

Der Grosse Rat begrüsst im Rahmen der 1. Lesung grundsätzlich die vorgeschlagenen, neuen Bestimmungen über die Corporate Governance. Sie entsprechen den heutigen Erwartungen, indem sie a) eine klare Aufgaben- und Kompetenzregelung zwischen Kanton und GVB vorsehen, b) den Ausschluss der subsidiären (wenn auch nicht unbedingt der faktischen) Haftung des Kantons postulieren und c) die aktien-rechtliche Haftung für alle GVB-Organen verankern. Auch die Massnahmen zur Verbesserung des technischen Ergebnisses der GVB, namentlich die Relativierung der Neuwertverpflichtung und die Einführung individueller Selbstbehalte fanden uneingeschränkt Zustimmung.

Überdies wollte der Rat das Versicherungsmonopols im heutigen Umfang beibehalten. Eine von der Regierung und vor allem von der GVB selbst vorgeschlagene Erweiterung im Dienstleistungs- und Produktebereich zu Lasten der Privatwirtschaft gab indessen mit Recht zu grossen Diskussionen Anlass. So hätte es das Gesetz vorgesehen, dass die GVB Vermögensverwaltung (!) anbieten dürfte. Das lehnte der Grosse Rat mit 78 zu 67 Stimmen ab. Eine knappe Mehrheit sprach sich auch dagegen aus, dass die GVB Dienstleistungen für Infrastrukturen an Dritte anbieten darf (darunter wäre beispielsweise die Führung der

Buchhaltung von Partnern gefallen). Lediglich zusätzliche Tätigkeiten bei der Schadensabwicklung für Dritte sowie Beratungen in der Schadensprävention und Schätzungen von Gebäuden wollte der Rat der GVB neu zugestehen. Die FDP findet den letzten Punkt (Gebäudeschätzungen) ebenfalls unnötig (er wird von Privaten zur Genüge angeboten) und wird daher in der 2. Lesung nochmals einen Streichungsantrag stellen.

Die in den letzten Jahren gestiegenen Schäden der GVB sollten gemäss Regierungsrat zudem dafür herhalten, in Konkurrenz zur Privatassekuranz eine umfassende Wasserversicherung anzubieten. Dazu wurde von freisinniger Seite festgehalten, dass neue Geschäftsbereiche immer auch neue Risiken bringen. Insbesondere das Angebot einer Wasserversicherung bedeute keine Risikodiversifikation (sondern eine Risikokumulation) weil hier quasi anhand der gleichen Schadensursache (Wasser) im gleichen Schadensgebiet (Kanton Bern) Zusatzdeckungen gewährt würden.

Der Rat wies die entsprechende Bestimmung – auch aus rechtlichen Erwägungen – an die Kommission zurück. Die 2. Lesung (voraussichtlich im Juni 2010) wird zeigen, ob der Rat letztlich einen ordnungspolitischen Sündenfall kreiert oder nicht.

### **Gemeindegesezt-Revision zur Frage der redaktionellen Beiträge in Amtsanzeigern**

Im Rahmen der Revision des Gemeindegeseztes gab vorab die Frage zu diskutieren, ob künftig in den amtlichen Anzeigern redaktionelle Beiträge erlaubt werden sollen. Mit den Stimmen der FDP stimmte der Grosse Rat nach eingehender Debatte mit 95 zu 52 Stimmen für ein Verbot der redaktionellen Beiträge. Zur Begründung wurde mit Recht auf die Monopolstellung der Anzeiger hingewiesen. Diese dürfe nicht benutzt werden, um die bezahlte Tagespresse zu konkurrenzieren.

Strittig war in der Debatte auch die Frage, ob amtliche Publikationen von kantonalen Stellen in den amtlichen Anzeigern der Gemeinden gratis bleiben sollen oder nicht. Der Regierungsrat wollte, dass sie gratis bleiben. Aber auch hier machte eine Mehrheit im Grossen Rat der Regierung einen Strich durch die Rechnung. Sie brachte den Antrag der Kommission durch, wonach künftig auch der Kanton für amtliche Bekanntmachungen bezahlen soll. Die Gesetzesrevision geht nun in eine zweite Lesung im März 2010.

### **Motion Staub (FDP) und Weitere betr „keine Automatismen und neue Modalitäten zur Beanspruchung von Prämienverbilligungen“**

Mit einer in ein Postulat gewandelten Motion, wollte die FDP den Regierungsrat beauftragen, 1. den Bezug von Prämienverbilligungen nur noch auf Antrag zu gewähren und 2. die Grundlagen zur Berechnung des Prämienverbilligungsanspruchs neu zu definieren. Der Rat lehnte den ersten Punkt leider ab, weil die heutige Lösung zwar in Einzelfällen unverständlich ist (Subventionen erhalten auch Gutbetuchte, die möglicherweise wegen hohen Liegenschaftsunterhaltsabzügen nur ein kleines steuerbares Einkommen aufweisen) aber letztlich administrativ effizient sei. Der zweite Punkt wurde als Postulat überwiesen.

### **Drei neue Obergerichter, davon zwei Freisinnige**

Der Grosse Rat hat drei neue Mitglieder für das Obergericht gewählt. Bei den deutschsprachigen Kandidaten machten Annemarie Hubschmid Volz (SVP) und Adrian Studiger (FDP) aus Bern das Rennen. Beide Richter waren bisher Ersatzmitglieder des Obergerichts. Bei den Kandidaten französischer Muttersprache entschied sich der Grosse Rat dank einigem Weibeln der Freisinnigen hinter den Kulissen für Jean-Luc Niklaus (FDP) aus Biel.

Bern, 2. Februar 2010 / Adrian Haas